

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

Inhaltsübersicht

- 1 Auftrag
- 2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003
- 3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen
- 4 Zeitaufwand der Kommission
- 5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

1 Auftrag

Gemäss Artikel 15 Absatz 2 GRN haben die Legislativkommissionen folgenden generellen Auftrag:

- a. Beratung der ihnen vom Büro zugewiesenen Geschäfte aus ihren Sachbereichen zuhanden des Rates;
- b. regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Sachbereichen;
- c. Ausarbeitung von Anregungen und Vorschlägen zur Problemlösung in ihren Sachbereichen;
- d. Koordination mit den Kommissionen beider Räte, die dieselben oder ähnliche Fragen bearbeiten, insbesondere mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 wurden der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit folgende Sachbereiche zugewiesen: Gesundheitswesen, Gesundheitspolitik, Heilmittel, Suchtmittel, Gifte, Lebensmittel, Krankheits- und Unfallbekämpfung, Arbeitsmedizin, Sozialversicherung, Wohnen und Fürsorge

2 Behandelte Geschäfte in der 46. Legislaturperiode 1999 - 2003

21 Statistischer Überblick

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat insgesamt 175 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	7	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	32	
c.	Mitberichte zu Erlassentwürfen des Bundesrates	3	
d.	Vorprüfungen von Parlamentarischen Initiativen	34	10 Folge gegeben 18 keine Folge gegeben
e.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	18	1 Folge gegeben / 17 Keine Folge gegeben
f.	Ausarbeitung einer Vorlage (Pa.Iv. / Kt.Iv. 2. Phase, Komm.Iv.)	22 hängig oder in Bearbeitung, davon 5 Berichte mit Erlassentwurf an den Rat	4 angenommen, 1 abgelehnt, 1 Bericht in Form eines Mitberichts an die Rechtskommission des Nationalrates
g.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete Pa.Iv.)	2	2 angenommen
h.	Kommissions-Vorstösse	42	20 Motionen / 23 Postulate
i.	Motionen des anderen Rates	5	1 Motion überwiesen, 4 Motionen im Rat noch hängig
j.	Petitionen	14	
k.	Interne Geschäfte	6	
l.	Spezialfälle		
	Total	184	

22 Vorlagen des Bundesrates

Die wichtigsten Geschäfte der Kommission:

- 99.020 n Arzneimittel und Medizinprodukte. Bundesgesetz
- 99.090 s Chemikaliengesetz
- 00.014 n 11. AHV-Revision
- 00.027 n 1. BVG-Revision
- 00.079 s KVG-Revision (Spitalfinanzierung)
- 00.094 s „Gleiche Rechte für Behinderte“. Volksinitiative und BG über die Beseitigung von Benachteiligungen der Menschen mit Behinderung
- 01.015 n 4. IV-Revision
- 01.024 s Revision des Betäubungsmittelgesetzes

- 01.057 n Transplantationsgesetz
- 02.054 n Verlängerung des Bundesbeschlusses über die ärztliche Verschreibung von Heroin
- 03.060 s Berufliche Vorsorge. Sanierungsmassnahmen

23 Vorprüfung Parlamentarische Initiativen / Standesinitiativen

- Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat 32 Pa.Iv. (10 Folge geben, 18 nicht Folge geben) und 18 Kt.Iv. (1 Folge geben, 17 nicht Folge geben) vorgeprüft. 6 Parlamentarische Initiativen wurden während den Beratungen von den Initiantinnen und Initianten zurückgezogen.

24 Ausarbeitung einer Vorlage

Ausarbeitung eines Gesetzes- oder Beschlussentwurfes unter Federführung der Kommission (2. Phase): die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat ihrem Rat derartige Vorlagen unterbreitet:

- 85.227 n Pa.Iv. Allgemeiner Teil Sozialversicherung (Meier Josi)
- 98.454 n Pa.Iv. Menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Assistenzärzte
- 00.403 n Pa.Iv. Anstossfinanzierung für familienergänzende Betreuungsplätze (Fehr Jacqueline)
- 00.416 n Pa.Iv. SGK-NR. Mehrwertsteuersätze für die AHV/IV
- 01.426 n Pa.Iv. Revision Erwerbersatzgesetz. Ausweitung der Erwerbersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter

25 Übrige Aktivitäten

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates im Sinne von Art. 15 Abs. 2 Bst. b und c (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich:

- Die Kommission hat sowohl im Sommer 2002 wie auch 2003 Aussprachen über den Mindestzins und weitere Fragen der beruflichen Vorsorge mit den zuständigen Departementsvorsteher/-innen diskutiert.
- Weitere Themen: 12. AHV-Revision, Sars, Sozialpolitische Aspekte des Entlastungsprogramms 2003 für den Bundeshaushalt.
- Konsultationen zu zwei Leistungsaufträgen an Bundesämter gemäss Art. 44 RVOG durch (Zentrale Ausgleichskasse ZAS, Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe IVI)

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsidentin Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Rosmarie Dormann
- Vizepräsident Wintersession 1999 - Wintersession 2001: Toni Bortoluzzi
- Präsident Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Toni Bortoluzzi
- Vizepräsident/-in Wintersession 2001 - Wintersession 2003: Christine Goll

32 Mitglieder der Kommission

Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 1999:

[Baumann Stephanie](#), [Borer Roland](#), [Bortoluzzi Toni](#), [Dormann Rosmarie](#), [Dunant Jean Henri](#), [Egerszegi-Obrist Christine](#), [Fasel Hugo](#), [Fattebert Jean](#), [Goll Christine](#), [Gross Jost](#), [Guisan Yves](#), [Gutzwiller Felix](#), [Hassler Hansjörg](#), [Heberlein Trix](#), [Maury Pasquier Liliane](#), [Meyer Thérèse](#), [Rechsteiner Rudolf](#), [Rechsteiner Paul](#), [Robbiani Meinrado](#), [Rossini Stéphane](#), [Stahl Jürg](#), [Suter Marc F.](#), [Triponez Pierre](#), [Widrig Hans Werner](#), [Zäch Guido](#)

- Rücktritt von Guido Zäch im Juli 2003

33 Subkommissionen

Die Kommission hat folgende Subkommissionen gebildet:

Subkommission "Für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt": *Gross Jost*, *Bortoluzzi*, *Egerszegi*, *Fattebert*, *Rossini*, *Triponez*, *Widrig* (Frühjahr 2000 – Sommer 2001)

Subkommission „Mitbericht 3. AVIG-Revision“: *Widrig*, *Bortoluzzi*, *Fasel*, *Goll*, *Triponez* (ersetzte Subkommission „Für ältere Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt“) (Juni – September 2001)

Subkommission "Krankenzusatzversicherungen": *Gutzwiller*, *Baumann Stefanie*, *Borer*, *Fasel*, *Meyer Thérèse* (wird ersetzt durch die Subkommission „KVG“) (Frühjahr 2000 – Herbst 2001)

Subkommission „KVG“ (00.079 s KVG-Revision (Spitalfinanzierung): *Gutzwiller*, *Baumann Stephanie*, *Borer*, *Gross Jost*, *Guisan*, *Robbiani*, *Rossini*, *Stahl*, *Zäch* (Herbst 2001 – bis Sommer 2002)

Subkommission "Recht auf Existenzsicherung": *Goll*, *Dormann*, *Egerszegi*, *Hassler*, *Rechsteiner Paul* (seit 1993)

Subkommission "Menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Assistenzärzte": *Zäch*, *Bortoluzzi*, *Goll*, *Heberlein*, *Rechsteiner Paul*, *Stahl*, *Suter* (Sommer 2000 – Sommer 2001)

Subkommission „Drogen“ (98.450 n Pa.Iv. Beschlagnahmte Drogengelder für die Suchtrehabilitation): *Suter*, *Dormann*, *Gross Jost*, *Dunant*, *Maury Pasquier* (Winter 2000 – Frühjahr 2003)

Subkommission AHV (00.014 n 11. AHV-Revision): *Dormann*, *Bortoluzzi*, *Egerszegi*; *Fasel*; *Goll*, *Hassler*, *Heberlein*, *Rechsteiner Paul*, *Widrig* (November 2000 – Januar 2001)

Subkommission „BVG“ (00.027 n 1. BVG-Revision): *Egerszegi*, *Borer*, *Fasel*, *Fattebert*, *Heberlein*. *Meyer Thérèse*, *Rechsteiner Paul*, *Rechsteiner-Basel*, *Robbiani* (Februar 2001 – heute)

Subkommission „Familienpolitik“: *Rossini*, Baumann Stephanie, Bortoluzzi, Egerszegi, Guisan, Maury Pasquier, Meyer Thérèse (Sommer 2001 bis heute)

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 59 Sitzungen (davon 22 während den Sessionen) haben 98 *Sitzungstage* (davon 22 während der Sessionen) beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt rund 574 Stunden (davon rund 60 während der Sessionen), das sind knapp 6 Stunden pro Sitzungstag.

42 Subkommissionen

Die insgesamt 57 Sitzungen (davon 22 während der Sessionen) haben 57 *Sitzungstage* beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt rund 176 Stunden, das sind knapp 3 Stunden pro Sitzung.

5 Bemerkungen zu den Kommissionsarbeiten

51 Prüfung von Bundesratsvorlagen

Praktisch für alle Sozialversicherungen sind in der 46. Legislaturperiode grosse Revisionen verabschiedet worden (*Schlussabstimmungen in der HS 03 allerdings noch offen*). Die Kommission hat sehr viel Zeit in die Beratungen der 11. AHV-Revision (00.014 n), der 1. BVG-Revision (00.027 n), der 4. IV-Revision (01.015 n) und die KVG-Revision (00.079 s) investiert. Die Beratungen dauerten bis zu den Schlussabstimmungen teilweise über drei Jahre. Eigene Subkommissionen haben ergänzende Anträge und Modelle zu den Bundesratsvorlagen erarbeitet. Es hat sich hier gezeigt, dass die Kommission - in Zusammenarbeit mit der Verwaltung - kreative Lösungen erarbeiten kann, die dem komplexen Kontext Rechnung tragen. Weitere Schwerpunkte setzte die Kommission beim Behindertengleichstellungsgesetz, bei der Revision des Betäubungsmittelgesetzes sowie beim Transplantationsgesetz. Bei zwei Vorlagen haben sich die realen Entwicklung mit regelmässig neu auftauchenden Problemen und Themen besonders auf die Beratungen ausgewirkt: Bei der 1. BVG-Revision haben sinkende Börsenerträge eine Reihe bisher eher verborgener Mängel der beruflichen Vorsorge zu Tage befördert, was die Kommission zu zusätzlichen Aktivitäten und Diskussionen über die 1. BVG-Revision hinaus bewegte. Zeugnis legt eine ganze Reihe von Kommissionsvorstössen ab, die im Herbst 2002 zuhanden der ausserordentlichen Session vom 3. Oktober 2003 eingereicht wurden. Bei der KVG-Revision führten der ständige Druck der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und die jährlichen Erhöhungen der Krankenkassenprämien dazu, dass gegenüber dem ursprünglichen Projekt des Bundesrates zusätzliche Themen eingebaut wurden.

52 Vorprüfung von Parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen

Vor allem im zweiten Jahr der Legislaturperiode hat die Kommission überdurchschnittlich viele Parlamentarische Initiativen vorgeprüft, was neben den „grossen“ Bundes-

ratsgeschäften zu einer merkbaren zusätzlichen Arbeitsbelastung führte. Einige Initiativen wurden im Laufe der Beratung mit Verweis auf die laufenden Revisionen der Sozialversicherungen zurückgezogen. Viele der Initiativen behandelten Themen im Bereiche der Sozialversicherungen und hier insbesondere der Krankenversicherung. Es stellte sich in diesem Zusammenhang auch die Frage der Zulässigkeit der Parlamentarischen Initiativen gemäss Art. 21bis Abs. 3 GVG. Gleichzeitig ist klar, dass Bundesratsvorlagen nicht beliebig mit zusätzlichen Revisionspunkten angereichert werden sollten, da zu diesen in der Regel kein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden ist. Künftig sollte dieser Fragestellung zum Zeitpunkt der Zuteilung der neuen Geschäfte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Bei der Behandlung von Standesinitiativen ist der Nationalrat in der Regel Zweitrat. Mit wenigen Ausnahmen folgte die Kommission in Kenntnis der Argumente der ständerätlichen Kommission den Beschlüssen des Ständerates.

53 Ausarbeitung von Gesetzes- und Beschlussentwürfen ("2. Phase" von Parlamentarischen Initiativen)

In der Berichtsperiode hat die Kommission fünf eigene Gesetzesprojekte erarbeitet. Bei einer weiteren Initiative (98.450 n) hat die Kommission beschlossen, den Weg über Anträge in einem Mitbericht an die zuständige Kommission für das sog. Sharinggesetz (01.064 s Bundesgesetz über die Vermögenswerte) zu wählen. Es wird sich erst noch erweisen, ob dieses Vorgehen zu einer effizienteren Umsetzung des Auftrages des Nationalrates führen wird. Die vorhergehende Statistik zeigt darüber hinaus, dass in der Kommission eine Vielzahl von Initiativen in der 2. Phase hängig sind, für die zum Teil schon mehr als eine Fristverlängerung verlangt werden musste. Bei der Pa.IV. Leistungen für die Familie (91.411, Fankhauser) hat die Kommission 1998 ihrem Rat zwar einen Bericht mit einem Erlassentwurf vorgelegt, dieser wurde im Rahmen der Beschlüsse des „Runden Tisches“ für rund drei Jahre sistiert. Anschliessend hat die Kommission begonnen, die Vorlage noch an die aktuellen Entwicklungen anzupassen und zu überarbeiten.

54 "Regelmässige Verfolgung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen" (GRN Art. 15 Abs. 2 Bst. b)

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung verfolgt die Kommission angesichts der Breite ihrer spezifischen Themen in der Regel im Zusammenhang mit den ihr zugeordneten Geschäften, wobei oft mit sehr langfristigen Entwicklungsszenarien gearbeitet wird.

55 Koordination mit anderen Kommissionen

Aufgrund einer gegenseitigen Absprache mit der WAK-SR konnte verhindert werden, dass zur Frage der Verwendung der nicht benötigten Währungsreserven der Nationalbank (Nationalbankgold) in beiden Kommission gleichzeitig legiferiert wurde, nämlich in der SGK-NR im Rahmen der 11. AHV-Revision und in der WAK-SR im Rahmen der Botschaft zur Solidaritätsstiftung. Die SGK-NR überliess in der Folge die Priorität für dieses Thema der WAK-SR. Eine Zusammenarbeit mit der FK-N und der GPK-N bzw. der Subkommission „FLAG“ fand im Zusammenhang mit der Prüfung der Leistungsauf-

träge für die Zentrale Ausgleichsstelle (ZAS) und das Institut für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe statt.